

Beirut: Das Recht auf Stadt nach der Katastrophe

Wie sieht Gerechtigkeit für die betroffenen Stadtteile und ihre Bewohner:innen aus?
Eine Studie des Beiruter Netzwerks Public Works



medico international

IMPRESSUM

Herausgeber:
medico international e. V.
Lindleystraße 15
D-60314 Frankfurt am Main
Telefon +49 69 94438-0
info@medico.de
www.medico.de

Redaktion und Übersetzung:
V.i.S.d.P. Anne Jung
Nele Eisbrenner, Mario Neumann, Christian Sälzer

Fotos: Walid Rashid

Layout: Andrea Schuldt

Spenden:
medico international
Frankfurter Sparkasse
IBAN: DE69 43060967 1018 8350 02
BIC: GENODEM1GLS

Dezember 2021

Am 4. August 2020 explodierten 2.750 Tonnen Ammoniumnitrat im Hafen Beiruts. Anlässlich des ersten Jahrestags veröffentlichten mehrere libanesische Partnerorganisationen von medico international eine mehrteilige Analyse der Katastrophenfolgen für die Menschen vor Ort.

Der vorliegende Text ist die deutsche Übersetzung einer der drei Studien. Sie wurde vom libanesischen Netzwerk Public Works erstellt, das in den von der Explosion betroffenen Stadtteilen für einen „Wiederaufbau von unten“ aktiv ist. Public Works hat immer wieder die libanesische Regierung und die internationalen Akteure für ihre verfehlte Hilfe und falschen Planungen kritisiert sowie Anwohner*innen bei der Gründung einer Organisation unterstützt, die deren Vorstellungen von Gerechtigkeit und Wiederaufbau vertreten soll.

Der Wiederaufbau des Hafens wird weiterhin von den instabilen politischen Verhältnissen im Libanon blockiert. Dennoch haben auch Europas Regierungen Interesse bekundet. Das deutsche Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit [BMZ] unterstützt eine deutsche Beratungsfirma bei der Ausarbeitung eines Wiederaufbau-Konzepts mit 10 Millionen Euro. Auch deswegen war es uns wichtig, die vorliegende Studie in deutscher Sprache verfügbar zu machen. Eine erste Fassung des deutschen Plans war bereits im April 2021 in Beirut vorgestellt worden. Public Works hat diese scharf kritisiert und die fehlende Einbindung der Menschen angemahnt. Der damals veröffentlichte Text befindet sich ebenfalls in deutscher Übersetzung im Anhang dieser Broschüre, ebenso wie eine Übersicht über die Aktivitäten des Netzwerks in den betroffenen Stadtteilen.

Alle drei Studien wurden im Herbst 2021 auf der Website von The Public Source, einem unabhängigen Medienprojekt und ebenfalls Partnerorganisation von medico im Libanon, herausgegeben und sind dort in englischer und arabischer Sprache frei verfügbar. medico international hat die Arbeit an den Studien mitinitiiert und finanziert.

Mario Neumann und Nele Eisbrenner



Wie sieht Gerechtigkeit für die betroffenen Stadtteile und ihre Bewohner:innen aus?



Werden Bäume beschädigt, können sie sich regenerieren. Äste wachsen nach. Bei Städten ist das trotz ihrer Vitalität und Vielfalt anders. Wird ein Stadtviertel zerstört, werden seine Überreste auf einer Mülldeponie entsorgt, ins Meer gekippt oder zu einem Hügel aufgetürmt. Die Bewohner:innen werden obdachlos und verdrängt. Und erwacht ein Viertel doch wieder neu, ist es nicht mehr dasselbe wie vorher.

Ein Jahr, nachdem eine gewaltige Explosion im Hafen Beirut erschüttert hat, sind einige Quartiere der Hauptstadt sozial, wirtschaftlich, rechtlich und räumlich ausgehöhlt. Die staatlichen Institutionen und die Medien reden nicht darüber. Sie schweigen, als seien die Auswirkungen des großen Knalls längst überwunden. Nach der Katastrophe hat das Leben in der Stadt langsam wieder Fahrt aufgenommen. Viele gehen ihren täglichen Aktivitäten wieder nach und halten sich dabei an die Routinen und ungesunden Bewältigungsmechanismen, die sie aus vergangenen Krisen und Kriegen übernommen haben. Für die Bewohner:innen der zerstörten Stadtteile ist es anders. Sie konnten nicht zu einem Anschein von Normalität zurückkehren.

Was ist räumliche Gerechtigkeit?

In diesem Text analysieren wir die Reaktion des Staates auf die Explosion vor dem Hintergrund früherer Erfahrungen mit städtischem Wiederaufbau und der fortschreitenden Zerstörung des sozialen Gefüges der Stadt. Wir tun dies im Wissen, dass es eine umfassende Gerechtigkeit für die Opfer und die Gesellschaft nicht geben kann, wenn es keine „räumliche Gerechtigkeit“ für die zerstörten Stadtteile gibt.

Für den Stadtforscher Edward Soja erfordert räumliche Gerechtigkeit „eine gezielte Aufmerksamkeit für die räumlichen oder geografischen Aspekten von Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit. Dabei geht es zunächst um die faire und gerechte räumliche Verteilung von gesellschaftlich geschätzten Ressourcen sowie die Möglichkeiten, sie zu nutzen. Räumliche Gerechtigkeit ist keine Alternative zu sozialen, wirtschaftlichen oder anderen Formen der Gerechtigkeit, sondern eine Art,

Gerechtigkeit aus einer kritischen räumlichen Perspektive zu betrachten.“ [1] Um zu verstehen, wie räumliche Gerechtigkeit entsteht, müssen wir betrachten, wie das Räumliche und das Soziale sich gegenseitig bedingen. Und wir müssen analysieren, wie ungleich Wohlstand, Ressourcen und Dienstleistungen im Raum verteilt sind. In diesem Sinne ist der soziale Wert von Stadtvierteln eine entscheidende Komponente. Eine Nachbarschaft entsteht nicht über Nacht. Es braucht Zeit, um eine soziale Dynamik zu kreieren und zu aktivieren. Dieser Prozess kann je nach den spezifischen Konturen und Grundlagen des Raums schneller oder langsamer vorstattengehen. Räume, die keinen Platz für das Soziale und die Gemeinschaft bieten, verwandeln sich in toten Raum. In diesen kann massiv eingegriffen werden, mit dem Ziel, ihn umzugestalten und grundlegend zu verändern.

Räumliche Gerechtigkeit ist im Libanon keine unbekanntere Erfahrung. Wir kennen, dass sie fehlt, und wissen, was das bedeutet. Gerade deshalb wollen wir diese Form der Gerechtigkeit in den Mittelpunkt des Wiederaufbaus der beschädigten Stadtteile stellen. Wenn wir über Wiederaufbau diskutieren, müssen wir dies im Rahmen einer Erzählung von Gerechtigkeit tun und die Mission, „Gerechtigkeit in den betroffenen Vierteln zu erreichen“, in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen. Hierfür wollen wir die Bewohner:innen nicht nur als Individuen, sondern auch als eine neue Gemeinschaft unterstützen, die aus dem 4. August 2020 hervorgegangen ist. Um sicherzustellen, dass die Rechte der Menschen nicht weiter mit Füßen getreten werden, wie es seit der Explosion geschieht, müssen wir die richtigen Fragen stellen. Wir müssen die räumlichen Prioritäten der Verdrängten und anderer betroffener Gruppen berücksichtigen und uns von den Lehren früherer Wiederaufbauprojekte und Erfahrungen leiten lassen.

Was kann uns die Geschichte des Wiederaufbaus im Libanon lehren?

Die zahlreichen Experimente und Erfahrungen mit Wiederaufbau im Libanon können uns als Wegweiser bei den Fragen dienen, die wir stellen müssen, wenn wir

die Wahrheit darüber herausfinden wollen, wie Macht und Wohnungspolitik zusammenhängen. Wie hat das libanesische Machtgefüge den jeweiligen Wiederaufbau konzeptualisiert? Waren die Anwohner:innen an den Planungsprozessen beteiligt? Schauen wir auf die bekanntesten Wiederaufbauprojekte des Landes.

- Mitte der 1970er-Jahre lebten noch mehr als 130.000 Menschen in der Innenstadt von Beirut. Die Immobiliengesellschaft Solidere und das Gesetz, auf dessen Grundlage sie in den 1990er-Jahren gegründet wurde, machten den öffentlichen Raum zum bloßen Objekt der Manipulation im Dienste privater Interessen. Indem das Unternehmen die Bewohner:innen der Innenstadt unter Druck setzte, ihr Eigentum und ihre Anteile abzutreten und sie so vertrieb, nahm es ihnen ihre Verhandlungsmacht. So sollten gezielt Kapitalinvestitionen in Handel und Luxuswohnungen angelockt werden. Dieser Prozess vergrößerte die Kluft zwischen den sozialen Klassen, verschärfte die sozialen Kämpfe und trennte das Stadtzentrum von Beirut vom Rest der Stadt. All das verstärkte die Spaltungen des Bürgerkrieges noch.

- Nach dem israelischen Krieg gegen den Libanon im Jahr 2006 war das in den südlichen Vororten Beiruts verfolgte Wiederaufbaumodell eng mit der Dominanz einer politischen Partei bei der Gestaltung des städtischen Raums verbunden. Hier ist insbesondere das „Waad“-Projekt der Hisbollah zu nennen. Die Stärkung von sektiererischen Logiken und den wachsenden Einfluss der politischen Führung sorgte dafür, dass mehrere Städte im Süden nicht etwa wiederaufgebaut wurden. Stattdessen wurden sie dem Erdboden gleichgemacht. Die Bulldozer der Bauunternehmen vollendeten, was israelische Jets begonnen hatten.

- Vierzehn Jahre nach der vollständigen Zerstörung des Lagers Nahr al-Bared durch die libanesische Armee im Jahr 2007 können dreißig Prozent seiner Bewohner:innen immer noch nicht nach Hause zurückkehren. Denn, so heißt es im UNRWA-Bericht von 2020, der Wiederaufbau verzögert sich weiterhin. Hinzu kommt: Ein Großteil derjenigen, die zurückgekehrt sind, lebt in unzureichenden Wohnverhältnissen.

Es gibt Unterschiede bei diesen Beispielen. Bei allen aber fehlten die Voraussetzungen dafür, dass die Anwohner:innen in ihre Häuser zurückkehren und die Stadtviertel sich erholen können. Die Projekte belegen, wie unzulänglich „Masterpläne“ im Zusammenhang mit gewaltsamen Zerstörungen sind, wenn man glaubt, die Opfer vom Wiederaufbau ihrer Häuser und Stadtviertel ausschließen zu

können. Für eine Erholung der Viertel, für Versöhnung und Genesung, ist ihre Teilhabe entscheidend. In diesem Sinne zeigen die beschriebenen Projekte die Folgen von zentralisierten und eindimensionalen Rahmenplanungen.

Wo stehen wir ein Jahr später?

Im Oktober 2020 wurde das „Gesetz über den Schutz der beschädigten und betroffenen Gebiete und deren Wiederaufbau“ verkündet. In ihm sind weder Lehren aus der Vergangenheit gezogen noch die notwendigen wirtschaftlichen und sozialen Komponenten berücksichtigt. Das Gesetz reduziert die Stadt auf Gebäude und Grundstücke – unter klarer Missachtung des Konzepts der räumlichen Gerechtigkeit. Das Gesetz entzieht den Anwohner:innen die Möglichkeit, an der raschen Wiederherstellung ihrer beschädigten Gebäude mitzuwirken. Es klärt die Entschädigungsmodalitäten nicht und räumt dem Schutz des Wohnraums keine Priorität ein. Weder zeigt es Wege für die Sanierung öffentlicher Räume auf noch begrenzt es die Spekulation. Darüber hinaus legt das Gesetz keine Kriterien und Prioritäten für die Sanierung der am stärksten betroffenen Stadtteile fest. Zudem versäumt es, Anreize für den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau zu setzen.

Eine Umfrage, die wir zwischen dem 15. Mai und dem 15. Juli 2021 unter 146 Bewohner:innen der betroffenen Stadtteile durchgeführt hatten, ergab, dass 67 von ihnen (45,89 Prozent) Reparaturen an ihren Häusern und Wohnungen bislang nicht abschließen konnten. Bei 74 (50,68 Prozent) war das der Fall. Einer anderen aktuellen Studie zufolge sind nur 30 Prozent der Bewohner:innen der am stärksten betroffenen Gebiete ein Jahr nach der Explosion in ihre Häuser zurückgekehrt. Bei den anderen stehen für eine sichere Rückkehr notwendige Sanierungen aus oder die erlebten Traumatisierungen sind noch zu groß.

In Reaktion auf die Explosion im Hafen starteten die Weltbank, die Europäische Union und die Vereinten Nationen im Dezember 2020 das „Libanon Reform, Reconstruction and Recovery Framework“ (3RF), einen 18 Monate gültigen Ordnungsrahmen. Dieser wird von der Libanon Financing Facility (LFF) unterstützt. Mit dem Ziel, die unmittelbare humanitäre Hilfe und die mittelfristigen Wiederaufbau- und Wiederherstellungsbemühungen miteinander zu verbinden, soll der Ansatz Regierungsvertreter:innen, internationale Partner:innen, die Zivilgesellschaft und den Privatsektor zusammenbringen. Die erste Sitzung der beratenden 3RF-Gruppe wurde

gemeinsam vom geschäftsführenden Premierminister Hassan Diab, der Vertreterin der Zivilgesellschaft Asma Zein, dem EU-Botschafter im Libanon Ralph Tarraf und der UN-Koordinatorin für Anwohner:innen und humanitäre Hilfe im Libanon Najat Rochdi geleitet. Die Hoffnungen, die viele in diesen Prozess gesetzt haben, wurden allerdings enttäuscht. So hat sich herausgestellt, dass die Pläne von den Interessen der internationalen Organisationen und Geberländer geleitet waren und die öffentlichen Einrichtungen, die Opfer und die von der Explosion betroffenen Bewohner:innen außen vor blieben.

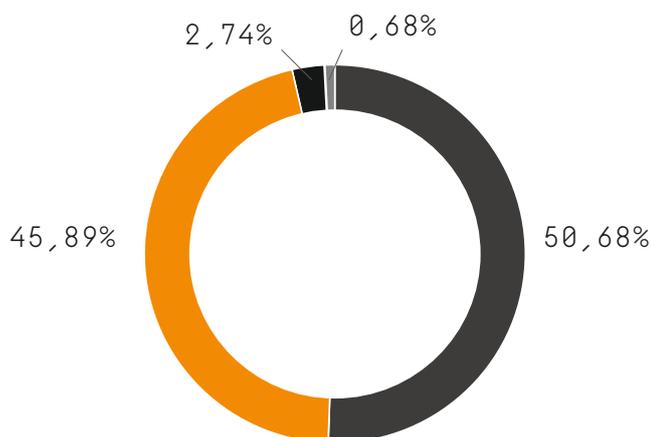
Am 9. April 2021 stellten vier deutsche Unternehmen der Öffentlichkeit ein milliardenschweres Projekt vor, das sie den libanesischen Behörden für den Wiederaufbau und die Entwicklung des Hafens von Beirut und seiner Umgebung vorgelegt hatten. In dem Vorschlag wurde das So-

lidere-Modell reproduziert: Gestaltungsentwürfe wurden auf das bestehende Stadtgefüge projiziert, ohne die bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen zu berücksichtigen. Das Geschäftsmodell des Projekts setzt auf Privateigentum unter internationaler Leitung. Es ist eines von mehreren, die von internationalen Akteur:innen vorgeschlagen wurden, von Privatunternehmen wie dem französischen Schifffahrtsriesen CMA-CGM bis hin zur chinesischen und russischen Regierung.

Diese Rahmenpläne und Vorschläge sind politische Instrumente par excellence. Der Unterschied zwischen ihnen und dem, was wir vorschlagen, ist bei weitem nicht nur technischer Natur. Wir machen uns keine Illusionen darüber, dass der Prozess der Sanierung und Wiederbelebung der zerstörten Stadtviertel von Karantina über Mar Mikhael bis hin zu Gemmayzeh und Geitawi eine politische Auseinandersetzung sein wird – eine Auseinandersetzung, die wir führen müssen, indem wir sie mit den Anliegen der Menschen in den betroffenen Vierteln in Einklang bringen und der räumlichen Gerechtigkeit Priorität einräumen.

Haben Sie die Renovierung Ihres Hauses oder Geschäfts nach der Explosion fertigstellen können?

- Ja
- Mehr oder weniger
- Nein
- Keine Antwort



Umfrageergebnisse aus einer Stichprobe mit 146 Haushalten

Eine Politik des Ausschlusses

Die Bewohner:innen der Stadt im Allgemeinen und die Bewohner:innen der betroffenen Stadtteile im Besonderen sind von Entscheidungsfindungen ferngehalten worden, die ihr gesamtes Leben betreffen. Sie sind von der Diskussion über den Wiederaufbau ausgeschlossen und werden zudem auf individueller und nicht auf kollektiver Basis behandelt, was sie zu bloßen „Hilfsempfänger:innen“ macht.

Dieser chronische und gezielte Ausschluss von Menschen aus der öffentlichen Politik hat den herrschenden Klientelismus verschärft. Die staatlichen Institutionen haben sich zurückgehalten und die Verantwortung auf zivile Vereinigungen übertragen, von denen viele mit politischen Parteien verbunden sind und Hilfe auf Basis religiöser oder parteipolitischer Zugehörigkeit verteilen. Ein beschädigtes Gebäude in der Armenia Street ist ein typisches Beispiel: Die Tashnag-Partei sanierte eine der Wohnungen, die libanesischen Streitkräfte (die als „Ground Zero“ tätig sind) eine andere und die armenische AGBU setzte zwei Stockwerke instand, die demselben Vermieter gehören. In der Zwischenzeit hat ein Friseur seinen Laden auf eigene Kosten saniert, und eine alleinstehende Frau hat Geld von ihrem Bruder aus Dubai erhalten. Die übrigen Wohnungen aber wurden nicht wiederhergestellt. „Warum haben diese Parteien und Verbände einige Leute unterstützt und andere nicht?“, fragt der Ladenbesitzer.

Das Zusammenspiel von parteipolitischen und konfessionellen klientelistischen Netzwerken mit dem individualisierten Ansatz der Verbände im Umgang mit den Bewohner:innen hat die kollektive Zusammenarbeit untergraben und die soziale Kluft vergrößert. Familien, die keiner Partei oder Vereinigung angehören oder über keine einflussreichen Beziehungen verfügen, sehen sich gezwungen, widerwillig parteiliche Hilfe anzunehmen. Am stärksten betroffen sind jedoch weiterhin die nicht-libanesischen Bewohner:innen, darunter Äthiopier:innen, Syrer:innen und Sudanesischen:innen.

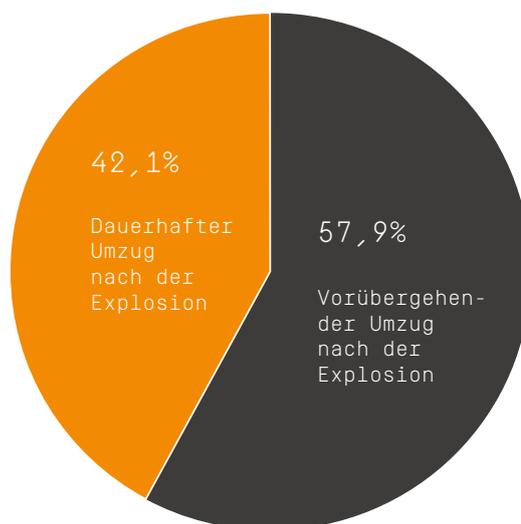
Das im Oktober verabschiedete Wiederaufbaugesetz verschärft und verfestigt diese Entfremdung noch. Es sieht zwar die Einrichtung eines Koordinierungsausschusses vor, der die Schäden begutachten und Entschädigungen leisten soll. Doch sind in diesem keine Eigentümer:innen, Betroffene oder Bewohner:innen vertreten. Genau das aber würde die Transparenz und die Partizipation angesichts des allgemein fehlenden Vertrauens der Öffentlichkeit in offizielle Verfahren, insbesondere seit dem Aufstand vom 17. Oktober 2019, erheblich verbessern. Trotz der zahlreichen Aufrufe zur Einführung partizipativer und transparenter Mechanismen in der Arbeit der Behörden bleiben die Anwohner:innen von den entscheidenden Prozessen ausgeschlossen, in denen ihr Schicksal bestimmt wird. Zugang hat nur, wer persönliche Beziehungen nutzen kann oder auf Vetternwirtschaft setzen will.

Kein Schutz für Wohnungen und vor Zwangsräumungen

Die durch die Hafenexplosion zerstörten Viertel bestehen größtenteils aus alten Gebäuden, die vorwiegend von Mieter:innen bewohnt werden. Wie in den meisten libanesischen Großstädten ist Miete die häufigste Wohnform. Laut einer Erhebung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen machten Mieter:innen 2008 in Beirut 49,5 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Im Stadtteil Rmeil sind drei von vier Bewohner:innen Mieter:innen und Geringverdiener:innen. [2]

In Folge der Explosion droht vielen Menschen die dauerhafte Verdrängung aus ihren angestammten Vierteln. Die Wohnsituation ist unsicher, eine staatliche Fürsorgepflicht gibt es nicht, ebenso wenig einen rechtlichen Schutz des Wohnraums. Das Gesetz vom Oktober 2020 betint die Unantastbarkeit individueller Eigentumsrechte und die Vertragsfreiheit (im Rahmen der freien Marktwirtschaft). Das Recht auf Wohnen als Grundrecht aber

Prozentsatz der Menschen, die nach der Explosion ausziehen mussten.



Laut einer Umfrage von Public Works im Oktober 2020 im Wohngebiet Armenia- bis al-Khazinein-Straße

ignoriert es. Zwar sieht es die Verlängerung von Mietverträgen für Wohn- und Gewerberäume in den beschädigten Gebäuden und Grundstücken um ein Jahr vor und schützt damit ab Erlass des Gesetzes vorübergehend vor Zwangsräumungen. Ein Jahr ist allerdings viel zu kurz – gerade angesichts der schweren wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Krise des Landes und der Tatsache, dass Instandsetzung und Wiederaufbau von Gebäuden langwierigere Prozesse sind. Hinzu kommt die intransparente und stockende Verteilung von Entschädigungen.

Darüber hinaus haben die Behörden es versäumt, alternative Unterkünfte bereitzustellen, solange die Reparaturen noch nicht abgeschlossen sind. Der Staat hat denjenigen, die ihre Häuser verloren haben, insbesondere vulnerable Gruppen wie Menschen mit geringem Einkommen, Menschen mit besonderen Bedürfnissen und ältere Menschen, der Obdachlosigkeit ausgesetzt und ihnen die Lasten der Katastrophe aufgebürdet. In der Folge kam es in den betroffenen Stadtvierteln ver-

mehrt zu Zwangsräumungen, vor allem weil Mieter:innen die Miete nicht zahlen konnten. Der regelmäßige Bericht des Public Works Studio „Housing Monitor“, der die Räumungsdrohungen zwischen dem 3. September 2020 und dem 31. April 2021 kartiert, verzeichnete 275 Räumungsdrohungen, von denen 939 Personen in verschiedenen Stadtvierteln betroffen Beiruts waren. Viele dieser Drohungen, etwa 42 Prozent, befanden sich in den betroffenen Gebieten. Bemerkenswert ist, dass viele dieser Fälle nicht-libanesische Mieter:innen betreffen, insbesondere Syrer:innen und ausländische Arbeitnehmer:innen. Aufgrund ihrer prekären rechtlichen Situation sind sie am stärksten von Zwangsräumungen bedroht.

Solche Drohungen gibt es in vielen Formen: Vermieter:innen erhöhen die Miete, wenn die von den Verbänden bezahlten Reparaturen abgeschlossen sind; sie versuchen, zugewiesene Hilfgelder zu beschlagnahmen, bevor sie die Mieter:innen erreichen; sie weigern sich, Reparaturen vorzunehmen oder gestatten den Mieter:innen nicht, diese selbst durchzuführen; sie versuchen den Mietvertrag zu kündigen oder weigern sich, ihn nach der Explosion zu verlängern. Leider beschränkten sich die Drohungen nicht nur auf Worte; in einigen Fällen kam es zu physischer Gewalt und Zwangsräumungen, die das Leiden der Bewohner:innen noch verschlimmerten.

Viele Mieter:innen wurden zwangsgeräumt oder dauerhaft umgesiedelt. Einige von ihnen zogen noch vor Ablauf ihres Vertrags aus, sei es, weil sie die Sanierungskosten nicht finanzieren oder die Traumatisierung nicht ertragen konnten, sei es, weil sie nicht mehr daran glaubten, dass die Instandsetzungen jemals durchgeführt würden. Viele von ihnen waren nicht bereit, dafür zu zahlen, da das Gesetz es den Vermieter:innen erlaubt, sie nach Abschluss der Reparaturen zu vertreiben, indem sie entweder die Miete erhöhen oder sich weigern, den Mietvertrag zu verlängern.

In der Zwischenzeit besteht die Gefahr, dass die vorübergehende Umsiedlung, die durch die Explosion notwendig wurde, zu einer dauerhaften Verdrängung wird. Bei einer Umfrage, die wir im Oktober 2020 in einem Wohnviertel zwischen der Armenia Street und der al-Khazinayn Street durchführten, stellten wir fest, dass etwa 42 Prozent der Wohnungen dauerhaft geräumt waren, während 58 Prozent bis zum Abschluss der Reparaturen als vorübergehend geräumt eingestuft wurden. Diese Verdrängungen untergraben massiv den Wiederaufbau von Beirut als lebensfähige Stadt.

Immobilienpekulation

Obwohl die Fälle nach der Explosion sprunghaft angestiegen sind, sind Zwangsräumungen in den betroffenen Vierteln nichts Neues. Das Mar-Mikael-Viertel beispielsweise ist seit 2006 einer Gentrifizierung unterworfen. Diese hat das Viertel, in dem traditionell handwerkliche Tätigkeiten wie Schreinerei und Holzverarbeitung dominierten, in ein Quartier verwandelt, das vor allem touristische Dienstleistungen anbietet. Im Laufe der Jahre erteilte das Tourismusministerium neuen Restaurants und Bars die Erlaubnis, ihre Türen bis zum Morgengrauen zu öffnen, obwohl das gegen geltendes Gesetz verstößt. Dieser wirtschaftliche Wandel hat die Immobilienpreise und Mieten in die Höhe getrieben, viele Anwohner:innen vertrieben und das tägliche Leben derjenigen, die geblieben sind, negativ beeinflusst. Eine große Zahl von Immobilien befindet sich im Besitz von Immobiliengesellschaften.

Weitere Verdrängungen drohten dadurch, dass die Stadtverwaltung von Beirut und der Rat für Entwicklung und Wiederaufbau seit 2014 darauf bestanden, das Projekt der Achse „Al-Hikmeh- al-Turk“ (auch bekannt als Fouad-Boutros-Autobahn) zu verwirklichen. Angeblich würde es Verkehrsprobleme lösen. Seine Umsetzung hätte den Abriss eines Teils der Stadtviertel und mehrerer Wohngebäude erfordert. In diesem Zusammenhang ist die Stadtverwaltung von Beirut der Ansicht, dass das Viertel Karantina über wertvolle Immobilien verfügt, in die „investiert“ werden müsse. Dies sind nur einige der Praktiken, die schon vor der Explosion „am Werk“ waren. Heute ist es umso notwendiger, sie zu überwinden und die Immobilienpekulation einzuschränken.

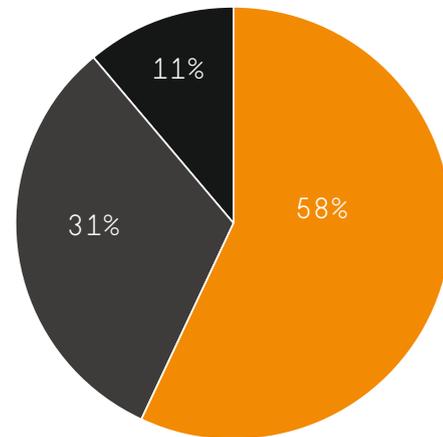
Die neuen Schutzmaßnahmen reichen aber nicht aus, um eines der erklärten Ziele des Gesetzes zu erreichen: den Schutz der betroffenen Gebiete vor der Immobilienpekulation. Das Gesetz mag die Veräußerung und den Verkauf von Immobilien für einen Zeitraum von zwei Jahren verbieten. Es schließt jedoch Eigentümer:innen von in den betreffenden Arealen Immobilien, Bauunternehmen und auch Solidere aus. Damit werden die Privilegien, die Solidere seit drei Jahrzehnten auf dem Immobilienmarkt genießt, noch ausgebaut und seine Möglichkeiten Preise zu bestimmen erweitert. Gleichzeitig wird mit den Maßnahmen auch das eigentliche Problem aufgeschoben, fehlen doch die notwendigen Begleitmaßnahmen: die Verhinderung des Baus neuer Gebäude oder erleichterte Bedingungen für die Erteilung von Genehmigungen zur Wiederherstellung beschädigter Gebäude.

Anwohner:innen und Arbeiter:innen, die dringend Häuser und Geschäfte reparieren mussten, sind mit diesen Problemen „auf Schritt und Tritt“ konfrontiert. So haben sie Schwierigkeit, bei der Stadtverwaltung die Genehmigung zur Wiederherstellung der Gebäude zu erhalten. Oder sie kommen nicht weiter, weil nur Eigentümer:innen eine Sanierungsgenehmigung beantragen dürfen. Oder sie werden dadurch blockiert, dass sie Reparaturen nur dann selbst durchführen dürfen, wenn die Eigentümer:innen dem schriftlich zugestimmt haben oder eine entsprechende gerichtliche Genehmigung vorliegt. [3]

Der Fall des Cafés Umm Nazih in Gemmayzeh, das sich in einem beschädigten Gebäude befindet, ist beispielhaft. Das Café hatte seinen Mietvertrag im vergangenen Jahr um zehn Jahre bis 2029 verlängert. Die Investmentgesellschaft, der die Immobilie (wie auch andere Gebäude in der Nachbarschaft) gehört, weigerte sich, eine Genehmigung zur Sanierung zu beantragen und verhinderte damit jegliche Reparaturen – angeblich will sie das Gebäude verkaufen. Obwohl die „Beirut Heritage Initiative“ die Finanzierung der Instandsetzung sichergestellt hat, sieht das Unternehmen diese als Hindernis für den Verkauf an. Die Möglichkeiten für den Verkauf und die Spekulation mit Immobilien steigen, wenn das Gebäude leer steht und jederzeit abgerissen werden kann.

In einem ähnlichen Zusammenhang hat die Generaldirektion für Denkmalschutz in einem Gebiet, das überwiegend aus historischen Gebäuden besteht, Spender:innen mit beschädigten historischen Gebäuden zu Sanierungszwecken in Kontakt gebracht. [4] Dieser Ansatz lässt jedoch die sozioökonomische Dimension außer Acht. Die Erhebungen, auf die sich die Direktion stützt und die entweder vom Verband der Ingenieur:innen und Architekt:innen oder von privaten Vereinigungen durchgeführt werden, enthalten keinerlei Daten oder Informationen über die Anwohnerschaft oder die Nutzung der historischen Gebäude. Wie kann die Direktion trotz mangelnden Informationen und unzureichenden finanziellen Mittel bestimmen, welche denkmalgeschützten Gebäude vorrangig zu behandeln sind? Wir haben viele Fälle dokumentiert, in denen auf diese Weise Gebäude instandgesetzt wurden, die bereits vor der Explosion unbewohnt oder verlassen waren. Letztendlich sind es die Anwohner:innen dieser Gebiete, die unter den Folgen zu leiden haben. Und es gibt gute Gründe, über den demografischen Wandel in diesem Gebiet ernsthaft besorgt zu sein.

Aus dem „Housing-Monitor“-Report



■ Zwangsräumung

- 50% der Zwangsräumungen sind das Ergebnis von Schäden und Renovierungshindernissen

■ Unmittelbare Bedrohung

- 26% der Fälle sind von Investmentspekulationen bedroht
- 68% der Befragten sind unfähig, Miete zu zahlen

■ Indirekte Bedrohung

- 38% der Fälle fühlen sich indirekt durch Investmentspekulationen oder Renovierungshindernisse bedroht
- 54% der Befragten haben Schwierigkeiten, ihre Miete zu zahlen

Umfrageergebnisse aus einer Stichprobe mit 275 Haushalten, davon 114 Haushalte aus den betroffenen Gebieten

Richtiger Rahmen für den Wiederaufbau

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Gesetz nicht zu einer umfassenden, gerechten und soliden Wiederaufbaupolitik beiträgt und auch nicht auf die tatsächlichen Prioritäten der Stadtviertel eingeht. Außerdem verschärft es bereits bestehende Probleme anstatt sie zu beheben. Der 3RF-Rahmen wiederum schließt öffentliche Einrichtungen, Opfer und Bewohner:innen der betroffe-

nen Stadtteile aus. Als Gemeinschaft eben dieser Gruppen sollten wir daher versuchen, einen alternativen Weg zu entwickeln und durchzusetzen.

Unser Wiederaufbauplan soll sicherstellen, dass die Anwohner:innen so schnell wie möglich zurückkehren können, bevor es zu spät ist. Er konzentriert sich auf den Wiederaufbau von Wirtschaft und Gesellschaft in den betroffenen Vierteln, wobei sich die Arbeiten nicht auf Gebäude und Infrastrukturen beschränken, sondern auf die vollständige Wiederherstellung der Viertel und des täglichen Lebens. Ein solcher Plan konzentriert sich auf das, was Nachbarschaften zum Blühen bringt, sichert das Recht auf Wohnraum für alle und schützt die Bewohner:innen vor vorübergehender oder dauerhafter Vertreibung. In diesem Rahmen sollte jeder Fall individuell betrachtet werden können, um allen Anwohner:innen die Möglichkeit zu geben, ihre Wohnungen zu sanieren. Ein pauschaler Ansatz, der die Rechte der Schwächsten untergräbt, muss vermieden werden. Alle Opfer und Anwohner:innen sollten in die Planung, Organisation, Koordinierung und Durchführung einbezogen werden.

In einem seiner Songs beschreibt der Rapper Mazen El Sayed (alias El Rass), was mit Räumen geschieht, wenn Generationen von Bürger:innen von ihnen ausgeschlossen werden. [5] Er bezeichnet die wiederaufgebauten Gebäude in der Beiruter Innenstadt als „Kekse“, als zerbrechliche Stadtstrukturen, die von jungen Demonstrant:innen im Zuge von Protesten und Konfrontationen mit Sicherheitskräften mit bloßen Händen zerstört werden können. Der Hass, den die jungen Männer und Frauen diesen Bauwerken entgegenbringen, ist nicht überraschend. Denn sie schaffen Räume, die ihnen versperrt sind und die über all jene Infrastrukturen, Dienstleistungen und Planungen verfügen, die in ihren eigenen Vierteln und Dörfern fehlen. Gerechtigkeit ist auch räumlich-geografisch: Eine gerechte Verteilung des Wohlstands und der Zugang zu Ressourcen und Dienstleistungen sind Grundrechte.

Städte bestehen vor allem aus Stadtvierteln, aus ihren Anwohner:innen und aus dem, was diese gemeinsam schaffen, indem sie mit ihrem Viertel interagieren, es verändern und sich ihm anpassen. Darin liegt die Bedeutung des geografischen und räumlichen Konzepts der Gerechtigkeit. Es spiegelt die Bedürfnisse der Menschen vor Ort wieder und dient als verbindende Plattform für die Anliegen, Forderungen, Bedürfnisse, Hoffnungen und Bestrebungen der Stadtteile.

Angesichts der völligen Abwesenheit des Staates übernahmen in den ersten Wochen verschiedene Initiativen

und Vereinigungen die Aufgabe, die Schäden zu begutachten, um mit dem Wiederaufbau beginnen zu können. Es folgten zaghafte Vorstöße des Staates, die jedoch alle wieder zurückgezogen wurden. Können wir den durch die Handlungen der Verbände entstandenen leeren Raum füllen? Wer wird ihn füllen? Durch die Explosion bietet sich uns die Gelegenheit, eine neue Realität durchzusetzen. Bislang haben stets die Mächtigen von Wiederaufbauprojekten profitiert und einen neuen Status quo zu ihren Gunsten geschaffen. Jetzt haben wir die Möglichkeit, unsere Wünsche durchzusetzen – aber nur durch Rahmenbedingungen und Strukturen, die eine echte Beteiligung der Bewohner:innen ermöglichen.

[1] Soja, Edward [2009]: *The city and spatial justice. Justice spatiale/Spatial justice*, 1(1), 1-5.

[2] Johnny, Raid [2011]: *Summary of the professional's work output during the 2010-2011 academic year*. Libanesische Universität, Abteilung für Zivilplanung.

[3] Nach dem Baugesetz ist für die Verstärkung der Grundstruktur eines Gebäudes eine Genehmigung zur Sanierung erforderlich, die der Eigentümer/die Eigentümerin beantragen muss.

[4] Laut Aussage von Generaldirektor Sarkis Khoury am 3. November 2020 während einer Diskussion der Generaldirektion für Altertümer mit verschiedenen Nichtregierungsorganisationen, die in den von der Explosion betroffenen Gebieten tätig sind.

[5] Mazen El Sayed (El Rass) „Ali“ [2020]: *“Beirut, your buildings' concrete blocks are as thin as biscuits, break and give away / Your biggest [economic] sharks a little more than an inch / At night we spread horror, in Nejme Square we spend summer nights Ali Shoaib, break and give away / Break and give away just like Ghandour biscuits easy to crack up.”* Online verfügbar: <https://www.youtube.com/watch?v=nDhLbRiNjmU>

[6] Ein weiteres Gremium ist die „Versammlung der Familien der Opfer“, der die Familienangehörigen der bei der Explosion Getöteten und der Vermissten angehören, deren Schicksal noch unbekannt ist. Darüber hinaus wird an der Bildung einer „Versammlung der Kriegsversehrten“ gearbeitet, die körperlich Betroffene (Verwundete) umfasst, darunter auch Personen mit einer vorübergehenden oder dauerhaften körperlichen Behinderung.

[7] Die betroffenen Gebiete sind Rmeil (einschließlich der Stadtteile Gemmayzeh, Al-Roum, Geitawi und Al-Badawi), Al-Mdawwar (einschließlich der Stadtteile Mar Mikhael, Karantina-Al-Sayeda und Karantina-Al-Khodr), Al-Saifi, Hafengebiet, Bachoura, Achrafieh (einschließlich Karm Al-Zeitoun), Zukak El-Blat und Bourj Hammoud.

Die Aktivitäten von Public Works

Public Works hat einen Leitfaden „Wie können die Bewohner:innen der von der Explosion im Beiruter Hafen betroffenen Gebiete geschützt und der Wiederaufbau der Viertel unterstützt werden“ erstellt. Er dient dazu, Informationen zu verbreiten, Wissen zu generieren und die Gemeinschaft anhand grundlegender Konzepte und Forderungen zu organisieren. Dies soll eine Stadtplanung nach der Katastrophe befördern, die an dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit orientiert ist.

Der Leitfaden enthält einige der Bestimmungen des Gesetzes zum Schutz betroffener Gebiete und zur Unterstützung ihres Wiederaufbaus. Er beleuchtet die mit dem Gesetz verbundenen Risiken in den sechs Abschnitten Wiederaufbaupolitik, Partizipation, Wohnen, Spekulation, Genehmigungen und Kulturerbe. Er enthält auch Aussagen von Anwohner:innen und Informationen über die Probleme des Viertels vor der Explosion und die Herausforderungen, mit denen die Menschen vor Ort konfrontiert sind. Hinzu kommen Empfehlungen, die in Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von Bewohner:innen bei Treffen in den betroffenen Stadtvierteln erarbeitet wurden. Diese sollen als Instrument für Lobbyarbeit, Interessenvertretung und politische Veränderungen genutzt werden.

Der Leitfaden richtet sich an Bewohner:innen der betroffenen Gebiete, alle Opfer und alle Aktive, die mit diesen Fragen befasst sind. Er soll auch in die Arbeit lokaler und internationaler Verbände hineinwirken.

Der „Housing Monitor“, eine Plattform zum Schutz der Bewohner:innen

Der „Housing Monitor“ ist ein von Public Works Studio entwickeltes Instrument zum Schutz und zur Förderung

der Wohnrechte im Libanon. Es wird vor allem von marginalisierten Stadtbewohner:innen genutzt, um über die Gefährdung von Wohnraum und drohende Zwangsräumungen zu berichten. Als Reaktion darauf bietet Public Works Studio individuelle rechtliche und soziale Dienstleistungen an, mobilisiert die Mieter:innen für gemeinsame Anliegen und ermittelt Trends bei ungerechten Wohnverhältnissen. Auf diese Weise werden die Betroffenen in die Lage versetzt, ihre Wohnrechte einzufordern. Gleichzeitig wird die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, wie nachteilig sich die herrschende Wohnungspolitik auf die besonders vulnerable Bewohnerschaft auswirkt.

Mit diesem Projekt dokumentiert Public Works Studio Verstöße gegen das Recht auf Wohnen in einem Land, in dem ein Mangel an Daten die anhaltende Korruption, schlechte Planung und Marginalisierung einkommensschwacher Stadtbewohner:innen ermöglicht. Es unterstützt die Belange marginalisierter Stadtbewohner:innen mit rechtlichem und sozialem Beistand und fördert ein auf Rechten basierendes Bewusstsein. Eine Hotline ermöglicht es, schnell reagieren zu können. Das Projekt soll die Organisationen von Mieter:innen und Gemeindemitgliedern auf der Grundlage gemeinsamer Wohnbedürfnisse und Interessen stärken und mobilisieren. Außerdem soll es allgemeine Entwicklungen ermitteln und fundierte Reaktionen und politische Empfehlungen erarbeiten.

Die Bewohner:innenversammlung, Repräsentation für die Nachbarschaften

Die „Versammlung der Bewohner:innen der von der Explosion am 4. August betroffenen Viertel“ ist eine von drei Versammlungen, die nach der Explosion von den Opfern und Anwohner:innen gegründet wurden. [6] Sie möchte alle Bewohner:innen in den betroffenen Gebieten einbeziehen [7], unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen oder Nationalitäten. Sie richtet sich an Eigentümer:innen ebenso wie an neue oder alte Mieter:innen und macht keinen Unterschied, ob das betroffene Gebäude ein Wohnhaus, ein Geschäft oder ein Betrieb war, ob es schwer oder mittelschwer beschädigt

wurde oder die Schäden eher psychologischer Art sind. Die Versammlung soll Druck auf die öffentliche Verwaltung, Behörden sowie internationale und private Institutionen erzeugen. Außerdem soll ein gemeinsamer Arbeits- und Interessenvertretungsraum für die Bewohner geschaffen und ein gemeinsames Vorgehen gefördert werden, um Gerechtigkeit zu erreichen und Rechte zu garantieren. Die Versammlung wird sich bemühen, das Recht der Betroffenen auf eine vollständige und faire Entschädigung zu sichern, den Zugang zu Informationen über Untersuchungen und Wiederaufbaupolitik zu gewährleisten, die Rechte der Anwohner:innen nach internationalem und libanesischem Recht zu wahren, eine gemeinsame Vertretung der Mitglieder in allen Entscheidungsgremien zu gewährleisten, den Anwohner:innen zu dienen und mit Partner:innen und Institutionen zusammenzuarbeiten. Sie soll jede notwendige Unterstützung geben, um die Probleme in Folge der Explosion des Hafens zu bewältigen, und darauf hinarbeiten, dass sich die betroffenen Stadtteile tatsächlich erholen können und ihre Bewohner:innen vor Vertreibung geschützt werden.

Autor:innen der Studie:

Abir Saksouk, Jana Nakhal, Nadine Bekdache

Recherche-Team:

Tala Alaeddine, Jana Haidar, Christina Bou Rouphael

Feldforschung:

Rami Sabek, Rayane Alaeddine, Rita Kamel

Herausgegeben von:

Julia Choucair Vizoso

Englische Übersetzung:

Sahar Ghoussoub

Online verfügbar:

<https://thepublicsource.org/spatial-justice-beirut-blast>

Wiederaufbau Beirut -
„Wir sind die Gesellschaft“



Wiederaufbau ist ein politischer Prozess, an dem die lokalen Communities beteiligt sein müssen: Eine Erklärung des medico-Partners Public Works anlässlich der Pläne europäischer Investor:innen für den Wiederaufbau des Beirut Hafens vom April 2021.

Anfang April 2021 wurde in Beirut ein von deutschen Firmen und Unternehmensberatungen erarbeiteter Plan zum Wiederaufbau des Hafens und der umliegenden Stadtteile vorgestellt, der laut Präsentation 50.000 Menschen dauerhaft in Arbeit bringen soll. Federführend an der Ausarbeitung beteiligt waren die deutschen Immobilienberater Colliers, die Hamburg Port Consulting (HPC) und das Beratungsunternehmen Roland Berger. Das Projekt soll zwischen 5 und 15 Milliarden Dollar kosten und private Investitionen anlocken. Während die Pläne in bunten Farben gemalt und präsentiert wurden, erinnern sie in Beirut viele an das letzte große, städtische „Wiederaufbauprogramm“:

Nach dem Bürgerkrieg war das Bau- und Immobilienunternehmen „Solidere“, das dem später ermordeten Premierminister Rafik Hariri gehörte, wesentlicher Akteur des Wiederaufbaus. Hariri war als Premierminister gleichzeitig Vorsitzender des Unternehmens – eine außergewöhnliche Art von Public-Privat-Partnership, die das Unternehmen mit besonderen Möglichkeiten ausstattete: Durch Vertreibungen und Enteignungen, die mit Solidere-Aktien „entschädigt“ wurden, durchlebten ehemals ärmer geprägte Viertel eine Transformation in Orte luxuriöser Wohnkomplexe und Privatkliniken. Große Teile des Zentrums von Beirut sind in diesem Prozess zu einer morbiden Shoppingmall mit Wolkenkratzern, Büros, Tiefgaragen und einer überdimensionierten Moschee umfunktioniert worden.

Zerstörte Häuser, Geschäfte und Stadtviertel; gestorbene oder versehrte Angehörige; eine umfassende Verwüstung des städtischen Raums und ihres bisherigen Lebens: Ähnlich wie in den Zeiten nach dem Bürgerkrieg durchleben die Menschen in den von der Explosion im Hafen betroffenen Teilen Beiruts ein Trauma. Im April haben deutsche Unternehmen den libanesischen Behörden ein Milliarden-Dollar-Projekt zum Wiederaufbau und zur Entwicklung des Hafens und seiner Umgebung vorgelegt. Seine Umsetzung soll unter anderem von der Europäischen Investitionsbank finanziert werden. Inmitten der Zerstörung und des Traumas mag das vorgestellte Projekt Hoffnung geben. Doch es geht um mehr als bunte Graphiken und beruhigende

Schlagzeilen. Würde es oder einer der ähnlichen Vorschläge umgesetzt, hätte das erhebliche Auswirkungen auf die betroffenen Stadtteile und die Stadt insgesamt. Wenn wir nicht jetzt die richtigen Fragen stellen und die Anliegen der vertriebenen und betroffenen Menschen in den Vordergrund rücken, werden die betroffenen Gebiete noch umfassender zerstört und die Rechte der Menschen noch tiefgreifender missachtet werden.

Der Plan sieht den Bau eines modernen und extravaganten Hafens vor, der Beiruts geografische Lage und historische Bedeutung als „Tor der Region“ wiederherstellt. Während der eigentliche Hafen auf die Ostseite des Beirut-Flusses verlegt wird, soll der gesamte Lager- und Logistikbereich auf einem Areal angesiedelt werden, auf dem sich derzeit die Mülldeponie in Bourj Hammoud befindet. In bester Lage sollen Hotelhochhäuser mit Meerblick und einem zentralen Park hochgezogen werden. Außerdem ist ein luxuriöser Wohnkomplex für Familien mit Sportanlagen, Kindergärten und Schulen vorgesehen. Das Projekt soll von privaten Investor:innen finanziert werden.

Ein Geschäftsmodell,
das Menschen und
kommunale Strukturen
ausschließt

Der Vorschlag hat viel Kritik geerntet. In der Tat scheint man aus der Erfahrung von „Solidere“, dem Beirut Wiederaufbauprogramm nach dem Bürgerkrieg, nichts gelernt zu haben: Erneut sollen am Reißbrett geplante großflächige Entwicklungen einem sozialen Stadtgefüge übergestülpt werden. Die Merkmale der umliegenden Gebiete, die bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen oder bereits verabschiedete politische Maßnahmen werden ignoriert. Der Fehler, den der libanesischen Staat bei Solidere begangen hat, als er die Planung und Entwicklung des städtischen Raums in die Hände eines privaten Unternehmens legte, wiederholt sich.

Das Ganze basiert auf einem Geschäftsmodell, das die Gestaltung eines öffentlichen Raums privatwirtschaftlichen Interessen unter internationaler Kontrolle übereignet. Indem lokale Akteur:innen marginalisiert werden, wird die Chance für alternative Form der Stadtplanung und -entwicklung vergeben. Stattdessen folgt es den gängigen Strategien europäische Immobilienentwicklung, die die immer gleichen Modelle in den jeweiligen lokalen Kontext pressen. In dem Projekt wird die lokale Bevölkerung nicht einmal erwähnt. Es sagt nichts dazu, wer die geplanten Schulen eigentlich besuchen, wer die Parks nutzen und wer in die Wohnanlage ziehen soll. Wir wissen auch nicht, wie sich die neuen Räume zu ihrer Umgebung verhalten und welche Rolle die Behörden bei der Planung spielen. Auch die Rolle des Staates wird nicht einmal erwähnt.

Dem Wiederaufbaugesetz fehlt eine Politik, die Lehren aus der Vergangenheit zieht

Jenseits der Kritik an dem deutschen Vorschlag muss der Rahmen erörtert werden, in dem all das stattfindet. Denn bevor Teile der Stadt ausländischen Geldgebern, Investorengruppen und Architekturbüros übereignet werden, wäre vor Ort zu entscheiden werden, welche Wiederaufbaupolitik wir eigentlich wollen.

Das kürzlich erlassene Wiederaufbaugesetz ist der abermalige Beweis dafür, wie wichtig es ist, über den Rahmen und die Vision des Wiederaufbaus zu diskutieren. So sieht das Gesetz ein Koordinierungskomitee für den Wiederaufbau vor, dem der Gouverneur der Stadt, Vertreter:innen des Armeekommandos, des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, des Finanzministeriums, des Kulturministeriums, des Rates für Entwicklung und Wiederaufbau, der öffentlichen Einrichtung für Wohnungswesen, der höchsten Hilfskommission und des Ingenieursverbandes angehören sollen. Nicht vertreten hingegen sind die Bewohner:innen mit ihren Stimmen, Interessen und Rechten. Genau das aber würde Transparenz schaffen und Beteiligung fördern. Beides wäre angesichts des gravierenden Vertrauensverlusts der Gesellschaft in die institutionelle Politik dringend erforderlich.

Trotz den Forderungen nach der Einrichtung partizipativer Elemente und von Mechanismen, die die Arbeit der Institutionen transparent machen, sind die meisten der betroffenen Bewohner:innen weiterhin von den Strukturen ausgeschlossen, in denen über ihr Schicksal entschieden wird. In dem aktuellen Gesetz zum Wiederaufbau sind keinerlei Lehren aus der Vergangenheit gezogen. Vielmehr verfolgt es einen Ansatz, der sämtliche soziale Aspekte außer Acht lässt und den urbanen Raum auf Gebäude und Immobilien reduziert. Es enthält auch keinerlei Vorgaben, wie der Wiederaufbau der betroffenen Stadtteile aussehen soll – wie etwa das Recht auf Zugang zu bezahlbarem Wohnraum verwirklicht werden soll, um die Verdrängung der angestammten Bevölkerung durch Gutverdiener:innen zu verhindern. Weder enthält es Anreize für die wirtschaftliche und soziale Erholung der betroffenen Gebiete noch formuliert es einen Plan, wie der öffentliche Raum wiederbelebt werden könnte. Das Gesetz ermöglicht den Bewohner:innen keine schnelle Wiederherstellung ihrer beschädigten Gebäude. Es klärt nicht den Weg zu Entschädigungen und legt auch keine Richtlinien zur Begrenzung von Spekulationen fest.

Die Rehabilitation der Nachbarschaft ist ein politischer Prozess

Der Wiederaufbau ist keine reine technische, sondern primär eine politische Frage. Der Prozess der Sanierung und Wiederbelebung der betroffenen Stadtteile Karantina, Mar Mikhael und Gemmayzeh bis Geaitawi wird ein echter politischer Kampf sein. Dazu müssen wir dringend Visionen und Prinzipien skizzieren, unabhängig davon, wer mit der Umsetzung oder Finanzierung beauftragt wird. Wenn das verkündete Gesetz keinen partizipativen und transparenten Rahmen schafft und keine umfassende, faire und solide Politik für den Wiederaufbau der betroffenen Stadtteile festlegt und wenn internationale Akteure wie deutsche Unternehmen nicht dazu beitragen, die Perspektiven der Menschen einzubeziehen, dann sollten wir einen alternativen Plan ausarbeiten und ihn überall dort durchzusetzen versuchen, wo Entscheidungen getroffen werden.

Wir sind die Gesellschaft, die Gemeinden, die Familien der Opfer und alle Bewohner:innen der betroffenen Stadtteile.

- Der Wiederaufbauplan soll das ökonomische und soziale Leben in den betroffenen Stadtteilen wiederbeleben und sich nicht auf Gebäude und physische Infrastrukturen beschränken.
- Ziel ist es, Nachbarschaften und das tägliche Leben wiederherzustellen, sowie es allen Menschen zu ermöglichen, so schnell wie möglich in ihr angestammtes Zuhause zurückzukehren (bevor es zu spät ist).
- Der Plan soll die Fundamente der Stadtteile in den Mittelpunkt stellen und die zukünftige Entwicklung daran ausrichten.
- Er soll das Recht auf Wohnraum für alle verwirklichen und die Menschen vor vorübergehender und dauerhafter Verdrängung.
- Er soll die stadträumliche Umgebung respektieren und darauf zielen, geteilte und öffentliche Räume auf eine für alle zugängliche Weise wiederzubeleben.
- Er soll die Gleichstellung der Opfer garantieren und verschiedene soziale Gruppen ohne Diskriminierung einbeziehen
- Er soll eine faire Entschädigung gewährleisten und Modalitäten klären.
- Schließlich muss es ein Plan sein, der einen Rahmen schafft, in dem die Mitsprache und Teilhabe aller Opfer und Bewohner:innen der betroffenen Gebiete an der Planung, Organisation, Koordinierung und Umsetzung gesichert ist.

Wir haben das Ergebnis der in den letzten Jahren durchgeführten „Wiederaufbauprojekte“ gesehen. Heute wissen wir genau, was der Ausschluss der Betroffenen bedeutet. Wir sind der Ansicht, dass Projekte oder Vorschläge, die nicht auf allgemeinen Rahmenbedingungen und integrativen und soliden Wegen beruhen, die von uns angestrebte Gerechtigkeit nicht erreichen können. Das gilt vor allem für die Pläne von Akteur:innen, die selbst von der Umsetzung finanziell profitieren würden.



Public Works ist ein Kollektiv aus Beirut, das sich kritisch und kreativ mit einer Reihe von städtischen und öffentlichen Themen im Libanon auseinandersetzt. Mit einem „Recht auf Stadt“-Ansatz wird versucht, die Ursachen für räumliche Ungleichheit und die Herausforderungen für die Schaffung gerechter Städte und Entwicklung anzugehen. Public Works initiiert multidisziplinäre Projekte, die Gegenstrategien zur Stadtplanung und Politikgestaltung im Libanon entwickeln. Der Fokus liegt dabei auf der Frage, wie neoliberale Urbanisierung und Immobilienspekulationen die Lebensgrundlagen der Bewohner:innen, ihre Wohnungen und ihre Umgebung zerstört haben. medico unterstützt Public Works seit der Explosion im Hafen von Beirut unter anderem bei der Arbeit mit den Bewohner:innen der betroffenen Stadtteile.

Spendenstichwort: Libanon

„Die Bewohner:innen der Stadt im Allgemeinen und die Bewohner:innen der betroffenen Stadtteile im Besonderen sind von Entscheidungsfindungen ferngehalten worden, die ihr gesamtes Leben betreffen. Sie sind von der Diskussion über den Wiederaufbau ausgeschlossen und werden zudem auf individueller und nicht auf kollektiver Basis behandelt, was sie zu bloßen Hilfsempfänger:innen macht.“



medico international